

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellensuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespalt. Kellamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 234

Sonnabend, den 4. Oktober 1924.

48. Jahrgang

Erntedankfest.

Zeit dem Tage, an welchem vor zehn Jahren die englische Hungerblockade gegen Deutschland offenbar wurde, haben wir in unserer Landwirtschaft in dem Kampf gegen die bittere Not einen Helfer gehabt, der in keiner Stunde versagt hat, obwohl auch ihr Dasein schwer genug gemacht wurde. Es fehlte an Arbeitskräften, an vielerlei Erfordernissen für die Bestellung der Acker, oft an der gewohnten männlichen Leitung des Betriebes, so daß die verantwortungsvolle Tätigkeit von Frauen, beehrten Leuten und Kindern bewältigt werden mußte. Und doch ist es gelungen, nicht nur dem wirklichen Hunger zu wehren, wir konnten auch verbündete Völker noch mit Lebensmitteln unterstützen. Seitdem wußten auch diejenigen, die sich über die Schwierigkeit der Ernährung eines 60-Millionen-Volkes keine Gedanken gemacht hatten, die Arbeit der deutschen Bauern zu schätzen.

Nach dem Kriege die Inflationszeit kam, flossen auch der Landwirtschaft große Summen zu, aber sie konnten auf dem Lande ebensowenig Segen wie in den Städten bringen. Es hat wohl kein Angehöriger des Nährstandes dringender die Wiederkehr solider und normaler Verhältnisse gewünscht, als der Landbauer, denn seinem nüchternen Sinn war es zuerst offenbar, daß diese Papiergeldwirtschaft ein Ende mit Schrecken nehmen müsse, wie es dann auch in der ganzen Entwicklung der Reichsmark gekommen ist. Der jähe Uebergang zur Rentenmark veränderte die Lebensmittelpreise, brachte aber noch keine Konsolidierung derselben, die bei den schweren Lasten und Ausgaben der Landwirte noch mehr haben muß, als jeder Gewerbetreibende und Geschäftsmann, weil er auch bei größtem Fleiß immer von den Naturgewalten abhängig bleibt.

Diese Abhängigkeit von den Naturgewalten hat sich wiederholt in dem letzten Jahrzehnt und, wie bekannt, auch in diesem Sommer geltend gemacht. Ist auch keine direkte Mifernte eingetreten, so ist doch manche frohe Hoffnung auf einen reichen Erntesegen enttäuscht worden. Es ist doppelt anzuerkennen und zu rühmen, daß bei all solchen unliebsamen Zwischenfällen unsere Landwirtschaft niemals die Liebe zur Scholle und zu ihrer nicht leichten Arbeit verloren hat. In den deutschen Großstädten sind oft ganze Straßenzüge von Ausländern erworben worden, der Acker, der dem Deutschen sein Brot gibt, ist aber in den derben und festen Händen der Landbauern geblieben.

Vor dem Kriege hieß es, Deutschland habe nur als Industriestaat eine Zukunft, für Lebensmittel sei die ganze Welt Lieferant. Die unbegrenzten Möglichkeiten, welche sich von 1924 bis 1924 ereignet haben, ließen diese Anschauungen von der Ueberflüssigkeit eines ackerbauenden Deutschland schnell verfliegen. Spaten, Hammer und Zange müssen zusammenwirken, um unser Vaterland wieder in die Höhe zu bringen.

Wir wollen uns zu diesem Erntedankfest freuen, und Gott danken, daß der Ertrag des vaterländischen Bodens doch ein solcher ist, daß er uns schwerer Befürchtungen enthebt, und er doch noch besser ist, als in den Wochen der schweren Niederlagen befürchtet wurde. Die Verbilligungsmaßnahmen, welche die Reichsregierung angeordnet hat, werden auch dazu beitragen, eine ungefähre normale Preisgestaltung aufrecht zu erhalten. Wir wollen aber auch die Tätigkeit unseres ländlichen Nährstandes anerkennen, der unablässig und nach seinem besten Vermögen bemüht gewesen ist, seine Leistungsfähigkeit zum Besten des ganzen Volkes zu erhöhen.

Um die Regierungsbildung.

Verflechtung der Lösung.

Berlin, 3. Oktober. Des Kanzlers seltenes Experiment, Deutschnationale und Sozialdemokraten, also zwei Gegensätze, die sich abstoßen wie Feuer und Wasser, in einer Regierung zu vereinen, hat heute einen Ausgang genommen, der lebhaft an den des berühmten Hornberger Schießens erinnert.

Am Vormittag hatte der Kanzler von den sozialdemokratischen Führern den sonderbaren Bescheid bekommen, daß sie zwar nicht grundsätzlich ablehnten, daß sie aber der Stellung der Reichstagsfraktion nicht vorgreifen wollten und daß sie schließlich Klarheit verlangten über die Haltung der Deutschnationalen zum Schutze der republikanischen Reichsverfassung, zum Washingtoner Abkommens-Abkommen und zu den entscheidenden Fragen der deutschen Außenpolitik.

Am Nachmittag haben dann die deutschnationalen Vertreter Hergt, Graf Westarp, Schiele und Behrens den Plan der Einbeziehung der Sozialdemokratie in die Regierung als „eine völlig neue Tatsache“ bezeichnet, sich ihre endgültige Stellungnahme aber gleichfalls bis zu dem Entscheid der Deutschnationalen Reichstagsfraktion und der Fraktion der anderen Parteien vorbehalten. Die bei einer Erweiterung der Regierung in Betracht kommenden Gesichtspunkte wurden mit dem Kanzler allerdings eingehend besprochen. Beide Parteien sind also

einer klaren Entscheidung ausgewichen. Die Sozialdemokratie tat es zweifellos in der Absicht, die Verhandlungen zu verzögern und mit Rücksicht auf die von ihr erstrebten Neuwahlen möglichst nicht den äußeren Grund für ein Scheitern der Pläne des Reichskanzlers zu liefern. Daß die Sozialdemokratie unter keinen Umständen an eine Koalition mit den Deutschnationalen denkt, ist natürlich selbstverständlich. Ihre Forderung, „Klarheit über die Haltung der Deutschnationalen zur Republik usw. zu verlangen“, verfolgt lediglich den Zweck, den Deutschnationalen für den (allerdings ganz unwahrscheinlichen) Fall, daß diese wirklich zu einer Koalition mit den Sozialdemokraten bereit wären, Bedingungen zu stellen, deren Annahme, wie die „Zeit“ heute sehr richtig bemerkt, für die Deutschnationalen nichts anderes bedeuten würde, als sich der sozialistischen Herrschaft auf innen- und außenpolitischem Gebiete bedingungslos auszuliefern und auf jede eigene Bewegungsfreiheit von vornherein zu verzichten. Wir stimmen mit der „Zeit“ vollkommen überein, wenn sie erklärt, daß „eine solche Zumutung für eine Partei von der Bedeutung der deutschnationalen unerträglich sei.“

Wir bedauern daher auch, daß die deutschnationalen Unterhändler nicht schon heute abend klar und eindeutig erklärt haben, daß ein Zusammengehen zwischen den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten unmöglich ist. Wir wollen allerdings zugeben, daß für die deutschnationale Parteileitung tatsächliche Gründe vorliegen können, die ihr einen sofortigen Abbruch der Verhandlungen nicht angezeigt erscheinen ließen. Auch die Rücksicht auf die Deutsche Volkspartei, die an dem Weiterlauf der von ihr in Gang gebrachten Verhandlungen ein gewisses Interesse hat, mag für das heutige dilatorische Verhalten der deutschnationalen Unterhändler mit bestimmend gewesen sein.

Das alles ändert natürlich nichts an der Tatsache, daß das schon von Anfang an aussichtslose Experiment des Kanzlers als bereits bei dem ersten Versuch gescheitert angesehen werden muß. Die Abwälzung der Entscheidung auf die Fraktionen wird keineswegs etwa eine neue Lage schaffen. Sie bedeutet nur eine Verflechtung der Regierungskrisis, also eine Verlängerung eines unhaltbaren Zustandes. Die Schuld trägt allein Herr Marx, der Kanzler, der, statt den ihm durch die Entschließung der Deutschen Volkspartei klar vorgezeichneten Weg einer Regierungserweiterung nach rechts zu gehen, auf der Durchführung seiner unmöglichen Ideen bestanden hat.

Wir glauben indessen kaum, daß Herr Marx sich eines Besseren belehren lassen und das Spiel mit der Sozialdemokratie aufgeben wird. Was soll dann aber, wenn in der nächsten Woche die Fraktionen gesprochen und damit die Utopien des Kanzlers endgültig begraben werden, geschehen? Was soll werden? Es kann sich, wie das Organ der Volkspartei, die „Zeit“, heute sehr richtig schreibt, kaum noch darum handeln, eine Reihe von Möglichkeiten auszuprobieren oder zur Wahl zu stellen. „Eine Wiederaufnahme der Großen Koalition“, so erklärt die „Zeit“ weiter, „ist gegenwärtig unmöglich.“ Darüber wird wohl auch innerhalb der gegenwärtigen Regierungskoalition kein Zweifel und keine Meinungsverschiedenheit mehr bestehen. Aber auch das Fortbestehen der bisherigen Koalition zählt nicht mehr zu den Möglichkeiten. Die Regierung muß eine Erweiterung erfahren, damit sie an die wichtigen und grundlegenden Fragen der Außen- und Innenpolitik, die uns jetzt gestellt sind, mit einer sicheren Mehrheit herangehen kann. Betrachtet man die Dinge, wie sie sind, so gibt es zur Lösung dieser Frage heute eigentlich nur noch zwei Möglichkeiten: die Einbeziehung der Deutschnationalen in die bisherige Koalition, oder aber die Auflösung des Reichstages. Eine klare Entscheidung ist gar nicht zu umgehen, und wenn es nicht gelingt, sie durch eine Verbreiterung der Regierung nach rechts herbeizuführen, so wird sie im Wahlkampf gesucht werden müssen.

So weit das Berliner Organ der Volkspartei, das damit die oben gestellte Frage, was weiter werden soll, im wesentlichen zutreffend beantwortet haben dürfte. Es scheint in der Tat nur noch eine Alternative zu geben: entweder bürgerliche Regierung unter Einschluß der Deutschnationalen, oder Neuwahl. Man wird gut tun, sich auf die letzte Möglichkeit vorzubereiten. Man wird sich aber auch die heutige Erklärung der „Zeit“ merken müssen, um die Volkspartei gegebenenfalls daran zu erinnern, daß sie damit gewissermaßen ihren Platz noch einmal als an der Seite der Deutschnationalen festgelegt hat, sowohl für die noch zu erwartenden Auseinandersetzungen über die Regierungserweiterung, als auch, wenn es soweit sein sollte, für den Wahlkampf.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Was Frankreich wünscht.

Die direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über den geplanten Handelsvertrag haben im Par-

iser Handelsministerium ihren Anfang genommen. Die erste Sitzung eröffnete der französische Handelsminister Rainaldu mit einer längeren Ansprache, in der er die französischen Wünsche wie folgt zusammenfaßte:

1. Frankreich bittet um Auskünfte, ob Deutschland den freien Warenaustausch nach endgültiger Festsetzung seiner Tariffsätze wiederherstellen will. Der franko-deutsche Handelsvertrag wird von dieser Antwort abhängen.

2. Frankreich besteht auf der Fortsetzung der zollfreien Einfuhr elsass-lothringischer Produkte nach Deutschland.

3. Unter den vielen anderen Fragen in Bezug auf Wiederaufnahme der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen müssen vor allem Garantien gegen Sonderzölle auf französische Produkte gegeben werden.

Wie Rainaldu weiter bemerkte, sei es Frankreichs lebhafter Wunsch, daß die beiden Völker im Verlauf der kommenden Generationen weitere Fortschritte auf wirtschaftlichem Gebiete machen möchten. Man müsse die engen Bande wieder anknüpfen, die vor 1914 die beiderseitige Entwicklung gefördert hätten. Wirtschaftliche Interessentkämpfe dürften nicht zu einem neuen Kriege führen.

Deutschlands schwere Verluste.

Dem Minister antwortete sogleich der Führer der deutschen Delegation, Staatssekretär Trendelenburg, indem er mit Nachdruck auf folgendes hinwies:

„Der Herr Minister hat auf die Zerstörungen hingewiesen, die der Krieg für Frankreich zur Folge gehabt hat. Die schweren Verluste, die Deutschland durch den Krieg und seine Folgen erlitten hat, sind anderer Art. Wir, die wir die Note der deutschen Wirtschaft täglich vor Augen haben, können nicht verstehen, daß im Ausland auch heute noch die Meinung verbreitet ist, daß die deutsche Wirtschaft, im ganzen gesehen, ihre alte Leistungsfähigkeit auch nur annähernd behalten habe, und daß der Wettbewerb seiner Produktion eine Gefahr für die Industrien anderer Länder bedeute.“

Damit schloß die erste Sitzung. Alle ferneren Sitzungen werden geheim sein und es wird nur von Zeit zu Zeit ein amtlicher Bericht ausgegeben.

Preussischer Landtag.

Berlin, 3. Oktober.

Das Haus erledigt zunächst einige kleinere Vorlagen. Es folgt dann der

Haushalt des Ministeriums des Innern

in zweiter Lesung und in Verbindung mit einer größeren Anzahl von Anfragen.

Der sozialdemokratische Abg. Hauschild verteidigt die Personalpolitik des Minister Sebering gegen die Angriffe der Deutschnationalen. Es dürfe nur Beamte geben, die für die Republik eintreten.

Abg. Lodenart (Zentrum) bearbeitet den Uebergang der Aufgaben des Staatskommissars für öffentliche Ordnung auf das Innenministerium. Trotz der Anstrengungen der Regierung im Sinne eines Preisabbaues sehe man ein ständiges Ansteigen der Preise. Der Minister des Innern sollte doch sein Augenmerk schärfer auf das Treiben der Kartelle, insbesondere auf dem Gebiete der Textilindustrie, richten. Die Interessen der Spartasseneinleger müssen wirksam wahrgenommen werden.

Abg. Dr. Nebenborn (Deutschn.) erklärt: Wir stehen an einem wichtigen Abschnitt unseres politischen Lebens. Ich kann mich nicht ganz, wie es die Vorredner getan haben, mit der Politik des Ministers des Innern einverstanden erklären. Der Redner bringt sodann eine große Reihe von Beschwerden vor und erklärt, daß dem Stahlhelm Leute aus allen bürgerlichen Parteien, sogar Sozialdemokraten, angehören. Schon sein Bestehen habe die Ordnung erwirkt. (Beifall.) Wie hat sich der Minister zu dem alten preussischen Beamtentum gestellt, zu dem Beamtentum, das es als seine oberste Aufgabe betrachtet, für den Staat zu arbeiten und den Staat aufrechtzuerhalten? Da ist zunächst die Maßregelung des Landrates von Stumpfeldt, an dessen Stelle als Landrat in Franzburg der Sozialdemokrat Bülow trat, der seitdem im Kreise Franzburg eine geradezu unheilvolle Tätigkeit entwickelt hat. Der Landrat Bülow wurde vom Schöffengericht mit 2000 Mark oder 20 Tagen Haft bestraft, weil er bei einem Zechgelage einen Gast verprügelt hat. Außerdem ist dann dem Minister mitgeteilt worden, daß dem Landrat Bülow Unregelmäßigkeiten der Kasenföhrung in der Kreispartakasse vorgeworfen worden und daß Gelder an Parteigenossen gegeben worden seien. Eine Antwort ist damals nicht erfolgt.

Der Landrat Hunner in Swinemünde hat in der Trunkenheit leichtsinnig von seiner Waffe Gebrauch gemacht und zwei Polizeibeamte gefährdet, sodas er von der Polizei in Strafe genommen wurde. Dem Landrat Milenz auf Rügen wurde

MONTAG, d. 6. Oktober

vermittags 9 Uhr

Eröffnung

meiner bedeutend erweiterten Geschäftsräume.
Großer Posten bester Qualitätswaren

Kleiderstoffe
Seiden, Samte
und
Herrenstoffe

gelangen zu ausserordentlich billigem, teils
zum Selbstkostenpreis, zum Verkauf.

Schröder's Spezial-
geschäft
Bahnhofstrasse 4

= Große = öffentl. Versammlung

mit freier Aussprache.

Um zu den Erfordernissen und Aufgaben der nächsten Zeit sachlich Stellung
zu nehmen, findet am

Montag, den 6. Oktober 1924, abends 8 Uhr

im Schweizergarten

eine öffentliche Versammlung statt.

Das Thema lautet:

Berufspolitik — unsere Rettung!

Redner ist Herr Gauvorsteher Woltmann, Königsberg
vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband.

Jeder kaufm. Arbeitnehmer ist hiermit eingeladen.

Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband

Kreisgeschäftsstelle Hinterpommern.

Walter Schmidt.

Soziale Frauenschule für ländliche Wohlfahrtspflege
in Stettin.

Staatlich anerkannte Wohlfahrtschule der Land-
schaftskammer für die Provinz Pommern.

Ausbildung von Gesundheitsfürsorgerinnen, Jugend-
wohlfahrtspflegerinnen und wirtschaftlichen Fürsorger-
innen für Stadt und Land in zweijährigem Lehrgang
mit theoretischem und praktischem Unterricht und
staatlicher Abschlussprüfung.

Beginn des neuen Lehrgangs am 21. Oktober d. J.

Nähere Auskunft und Prospekte durch die Leiterin
der Schule, Fräulein Dr. Bremer, Stettin, Kreckow-
straße 7, Landwirtschaftskammer.

Hypotheken

auf städtischen,
ländlichen u. industri-
ellen Grundbesitz

sowie
Darlehen

und
Betriebskapital

gegen jede Art von wirklichen
Sicherheiten schnellstens und
zuverlässigst zu zeitgemäß
günstigen Bedingungen

**Vereinigung Deutscher
Privatkapitalisten**

Berlin W 612 Kürfürstendamm 14/15

Grösste Auswahl in:

Gardinen

Stores

Tüllbettdecken

TEPPICHE

Brücken und Bettvorlagen

Läuferstoffe und Felle

Divan-u. Tischdecken

Möbelbezüge und

Dekorationsstoffe

Durch günstigen Einkauf ist es mir möglich,
einen grossen Posten vorstehender Waren sehr
preiswert abzugeben.

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

August Büttner

Möbel- und Dekorationshaus.

Höhlenstrasse 21/22 STOLP Fernsprecher 604.

Für Bauten:

**Träger, Eisen, Säulen
Platten, Nägel, Bolzen
Fenster**

**Eckschutzschienen
Ankereisen, Zement**

Dachpappe ferner

Hacken, Schaufeln

**Spaten, Rammen, Kasten-
karren, Feldbahngleis**

hält zu günstigsten Preisen vorrätig

E. G. Meyer Inh.:
P. Kranitzki

Stolp in Pommern

Fernsprecher 16 u. 91.

Hospitalstrasse 5.

Kirchliche Anzeige
Flintow.

Sonntag, den 5. Oktober
1924 Nachmittag 4 Uhr Got-
tesdienst.

Pastor Lic. Steffen.

**Ev. kirchl. Blaukreuz-
verein:**

Donnerstag, den 9. Oktober
1924 abds. 8 1/4 Uhr Ver-
sammlung in dem Saal der
Schloßkirche.

St. Johann.
1/25 Uhr nachm. Gottesdienst.
Kollekte für Rotkranke der
Landeskirche und für unsere
Glocke.

Pastor Nobiling.